

Tendenzschutz und Arbeitszeit*

Dr. Winfried Reske, Rösrath/Bonn, und Ulf Berger-Delhey, Bonn

I. Der Tendenzschutz im System des Grundgesetzes

Mit § 118 BetrVG¹ – die Vorschrift geht auf § 81 BetrVG 1952² zurück – stellte der Gesetzgeber klar, daß bei bestimmten Unternehmen, deren Betätigung unter geistig-ideeller Zielsetzung steht, für die besonderer Grundrechtsschutz – vgl. Art. 2 Abs. 1, 4, 5, Abs. 1 und 3, 9, Abs. 3, 21 und 140 GG³ – gewährt wird, die vom Sozialstaatsgedanken getragenen Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer zugunsten der Grundrechtsgewährleistung in angemessenem Umfang eingeschränkt werden müssen⁴. Im Bereich der Presse bedeutet das, daß die Pressefreiheit durch § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BetrVG umfassend gegen Beeinträchtigungen durch betriebli-

che Mitbestimmungsrechte geschützt ist⁵. Die Vorschrift ist deshalb auch nicht Ausfluß einer Güterabwägung zwischen den

* Zugleich Anmerkung zum Beschluß des BAG vom 30. 1. 1990 – 1 ABR 101/88 – Abgedruckt in diesem Heft auf S. 149 f.

¹ Betriebsverfassungsgesetz vom 15. 1. 1972 (BGBl. I, 13) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 12. 1988 (BGBl. I 1989, 1, ber. 902).

² Betriebsverfassungsgesetz vom 11. 10. 1952 (BGBl. I, 681).

³ Vgl. nur Scholz, in: *Mauz/Dürig*, Komm. z. GG, Stand: Dez. 1989, Art. 9, Rd.-Nr. 360.

⁴ Zur Funktion des § 118 BetrVG – und des § 1 Abs. 4 MitbestG – als verfassungsrechtlich geforderte Grundrechtskonkretisierung („Drittwirkungsgesetzgebung“) vgl. nur *Mauz/Dürig-Scholz* a. a. O. (FN 3), Art. 5 Abs. III Rd.-Nr. 44, Art. 9 Rd.-Nr. 360.

⁵ BVerfG vom 6. 11. 1979 – 1 BvR 81/76 = BVerfGE 52, 283 = AP Nr. 14 zu § 118 BetrVG 1972 = Ez A Nr. 23 zu § 118 BetrVG = AfP 1980, 33 = AuR 1980, 122, 257, 285 (*Ihlefeld*) = BB 1980, 886 = DB 1980, 259 = DVBl. 1980, 546 = JZ 1980, 185 = NJW 1980, 1084, 1093 (*Plander*); zur grds. Bedeutung des Tendenzschutzes vgl. auch *Arndt*, AuR 1977, 161 ff.; *Birk*, JZ 1973, 753 ff.; *Dütz*, BB 1975, 1261 ff.; *ders.*, RdA 1976, 18 ff.; *ders.*, AfP 1988, 193 ff.; *Eisemann*, RdA 1977, 336 ff.; *Frey*, AuR 1972, 161 ff.; *Gaul/Wambhoff*, DB 1973, 2187 ff.; *Grunsky*, in: FS Mallmann, 1978, S. 79 ff.; *Hanau*, BB 1973, 901 ff.; *ders.*, Pressefreiheit und paritätische Mitbestimmung, 1975; *ders.*, AfP 1982, 1 ff.; *Hensche/Kittner*, ZRP 1972, 117 ff.; *Herschel*, AuR 1977, 289 ff.; *Hoffmann-Riem*, Innere Pressefreiheit als politische Aufgabe, 1979; *Ihlefeld*, BB 1973, 949 ff.; *ders.*, NJW 1973, 268 ff.; *ders.*, BB 1974, 334 ff.; *ders.*, AuR 1975, 234 ff.; *ders.*, RdA 1977, 223 ff.; *ders.*, AuR 1980, 257 ff.; *Kübler*, Gutachten für den 49. DJT (Bd. I, D 13 ff.); *Kull*, NJW 1982, 2227 ff.; *Kunze*, in: FS Ballerstedt, 1975, S. 79 ff.; *Löffler*, AfP 1978, 165 ff.; *Loritz*, ZfA 1985, 497 ff.; *Mayer-Maly*, AR-Blattei, D, Tendenzbetrieb I; *ders.*, RdA 1966, 441 ff.; *ders.*, AfP 1971, 56 ff.; *ders.*, BB 1973, 761 ff.; *ders.*, AfP 1976, 3 ff.; *ders.*, BB 1983, 913 ff.; *G. Müller*, in: FS Hilger/Stumpf, 1983, S. 477 ff.; *Neumann-Duesberg*, DB 1973, 619 ff.; *Ossenbühl*, DÖV 1983, 785 ff.; *Otto*, AuR 1980, 289 ff.; *ders.*, in: FS Hilger/Stumpf, 1983, S. 529 ff.; *Plander*, AuR 1976, 289 ff.; *ders.*, NJW 1980, 1084 ff.; *Reich*, DB 1973, 1402 ff.; *Rüthers*, DB 1972, 2471 ff.; *ders.*, DB 1973, 1413 ff.; *ders.*, AfP 1974, 542 ff.; *ders.*, Tarifmacht und Mitbestimmung in der Presse, 1975; *ders.*, AfP 1980, 2 ff.; *Scholz*, Pressefreiheit und Arbeitsverfassung, 1978; *Schwerdtner*, BB 1971, 833 ff.; *Sieling-Wendeling*, AuR 1977, 240 ff.; *Weber*, NJW 1973, 1953 ff.; *Wendeling-Schröder*, AuR 1984, 328 ff.

Freiheitsrechten der Tendenzträger einer- und dem Sozialstaatsprinzip andererseits⁶. Sie schließt vielmehr die Anwendung aller derjenigen Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes aus, durch die die Pressefreiheit eingeschränkt würde⁷. Allein darauf ist deshalb im Einzelfall bei der Beurteilung der Frage nach der Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes im Pressebereich abzustellen⁸. Konkret bedeutet das, daß nicht nur der Staat an unmittelbaren Eingriffen, insbesondere in Gestalt eigener Einflußnahme, auf die Tendenz eines Druckwerks gehindert ist und die Presse selbstverständlich auch nicht fremden, nicht-staatlichen Einflüssen unterworfen oder öffnen darf⁹. Die eindeutige Entscheidung des Art. 5 GG zugunsten des Tendenzschutzes darf darüber hinaus auch nicht durch restriktive Auslegung insbesondere Art. 5 Abs. 1 und 3 GG ausführender¹⁰ Tendenzschutzvorschriften unterlaufen werden, selbst wenn dies im Einzelfall – durchaus vielfältige – Probleme aufwerfen kann¹⁰.

II. Der Tendenzschutz in der Rechtsprechung des BAG

Das BAG, das dem ursprünglich durchaus folgte¹¹, obwohl noch unter Herrschaft des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 erste Versuche zur Einengung zu erkennen waren¹², läßt in seiner neueren Rechtsprechung¹³ dem § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BetrVG inzwischen eine höchst uneinheitliche Auslegung angedeihen. Danach soll der Zweck dieser Vorschrift zwar in einem Ausgleich zwischen dem Sozialstaatsprinzip und den Freiheitsrechten der Tendenzträger wurzeln, was wenigstens insoweit einer qualitativen Einschränkung des Tendenzschutzes durch wertende Momente zu widersprechen scheint. Indessen wird zugleich herausgestellt, daß Tendenzschutz nur geboten sei, soweit die geistig-ideellen Zielsetzungen der Unternehmen durch Maßnahmen der Betriebsvertretungen so beeinflußt werden könnten, daß Grundrechte verletzt würden, was dem wertenden Kriterium eben doch die zentrale Rolle für die Zuerkennung oder Verweigerung des Tendenzschutzes zuweist. Daran hält das BAG zumindest im Kern auch ungeachtet des Beschlusses des BVerfG vom 6. 11. 1979 – 1 BvR 81/76 –¹⁴ fest¹⁵, was ihm den Vorwurf eingetragen hat, den Tendenzschutz in

einem Maße zu relativieren, der mit der Rechtsprechung des BVerfG nicht mehr in Einklang gebracht werden könne¹⁶.

Was die Mitbestimmung nach § 87 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BetrVG bei Arbeitszeitregelungen in Pressebetrieben anbelangt, differenziert das BAG in seiner Rechtsprechung deshalb immer danach, ob der technisch-organisatorische oder aber die tendenzbezogene Gestaltung eines Presseerzeugnisses, z. B. die Aktualität der Berichterstattung, betroffen wird; ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats soll in letzterem Falle dann nicht bestehen, wenn der Tendenzunternehmer diesen Grund schlüssig nachweist¹⁷. Dies hat das BAG auch in seiner neuesten Entscheidung, dem Beschluß vom 30. 1. 1990 – 1 ABR 101/88 –¹⁸ ausdrücklich bestätigt und betont, daß der Betriebsrat weder ein Mitbestimmungsrecht für die Festlegung des Arbeitsbeginns und des Arbeitendes noch für die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bestimmte Tage, wohl aber ein – zwar eingeschränktes – Mitbestimmungsrecht für die Verteilung der Arbeitszeit zu je acht Stunden an vier Tagen und 6,5 Stunden an einem Tag habe. Eine derartig abstrakt-generelle Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Wochentage tangiere nämlich die geistig-ideellen Zielsetzungen nicht, denn sie nehme auf die Tendenzverwirklichung so viel Rücksicht, daß deren ernsthafte Beeinträchtigung ausgeschlossen sei: „Die Eigenart des Unternehmens oder des Betriebs steht einem Beteiligungsrecht (aber auch) nicht schon immer dann entgegen, wenn eine Regelung die geistig-ideelle Zielsetzung *irgendwie* berührt, sondern nur, wenn die Ausübung des Beteiligungsrechtes die Tendenzverwirklichung *ernstlich* beeinträchtigen kann.“¹⁹

III. Der Tendenzschutz als Ausdruck journalistischer Praxis

Die Rechtsprechung des BAG stieß in der Vergangenheit wiederholt auf zum Teil heftige Kritik. Im Anschluß an *Mayer-Maly*²⁰ und *Hanan*²¹ hat zuletzt insbesondere *Dütz*²² ihr ganz grundsätzlich entgegengesehen, daß sich zum einen Aktualität der Berichterstattung nicht von publizistischer Qualität der Presseerzeugnisse und damit vom zeitlichen Ablauf ihrer Produktion trennen lasse, zum anderen das BAG selbst die Tendenzrelevanz zeitlicher Dimensionen für die inhaltliche Gestaltung der Tendenzwahrnehmung im Theater²³ und im Schulbetrieb²⁴ anerkannt habe. Die Tendenzrelevanz von Arbeitszeitmaßnahmen könne deshalb nicht nur für die Aktualität der Berichterstattung gelten, sondern müsse auch andere, mehr auf den Gegenstand des jeweiligen Presseerzeugnisses bezogene Zeiteinteilungen und damit auch allgemeine, die Lage der Arbeitszeit der Redakteure betreffende Maßnahmen einschließen. Das habe dann ebenso für mehr unter personellen Aspekten getroffene Arbeitszeitmaßnahmen zu gelten, insbesondere wenn sie auf den Einsatz bestimmter redaktioneller Arbeitsgruppen oder die Besetzung bestimmter journalistischer Arbeitsplätze abzielten. Denn auch derartige personelle Arbeitszeitmaßnahmen wirkten sich auf den Gegenstand selbst aus, müßten also schon wegen dieser zwangsläufigen Überschneidungen der gegenständlichen Tendenzrelevanz gleichstehen. Regelungen über Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, zur Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage sowie vorübergehende Änderungen der betriebsüblichen Arbeitszeit hingen deshalb so eng mit der Tendenzverwirklichung zusammen, daß eine Trennung technisch-organisatorischer Zeitmaßnahmen gegenüber Redakteuren von tendenzgeschützten Aufgabe selbst nicht möglich sei. Da aber diese Entscheidungen zur Tendenzrealisierung

⁶ So aber – „ausgewogene Regelung“ – offensichtlich der Ausschlußbericht, vgl. BT-Drs. 6/2729 unter XIV (S. 17); ebenso *Schaub*, Arbeitsrecht-Handbuch, 6. Aufl. 1987, § 214 III 5.

⁷ BVerfG vom 6. 11. 1979 – 1 BvR 81/76 a. a. O. (FN 5).

⁸ *Löffler/Ricker*, Handbuch des Presserechts, 2. Aufl. 1986, 37. Kap. – Rd.-Nr. 6.

⁹ Das BVerfG – vgl. Beschluß vom 6. 11. 1979 – 1 BvR 81/76, a. a. O. (FN 5) – bezeichnet ausdrücklich auch den Betriebsrat, selbst wenn in ihm Redakteure vertreten seien, als einen solchen fremden und daher unzulässigen Einfluß.

¹⁰ *Mannz/Dürig-Scholz* a. a. O. (FN 3), Art. 5 Abs. III Rd.-Nr. 44, vgl. dort auch FN 1 zur zwischen enger und weiter Auslegung schwankenden Auslegung des BAG.

¹¹ Beschluß vom 13. 7. 1955 – 1 ABR 20/54 = BAGE 2, 91 = 91 AP Nr. 1 zu § 81 BetrVG 1952 = AuR 1955, 349 (*Freij*) = BB 1955, 833 = DB 1955, 898 = NJW 1955 1574 = SAE 1956, 30 (*Bohn*).

¹² Vgl. Beschluß vom 29. 5. 1970 – 1 ABR 17/69 = BAGE 21, 360 = AP Nr. 13 zu § 81 BetrVG 1952 m. Anm. *Fabricius* = AuR 1970, 353, 380 (*Neumann-Duesberg*) = BB 1970, 1008; 1971, 441 (*Arras*) = BStSozArbR 1970, 366 = DB 1970, 1492 = JR 1971, 406 = NJW 1970, 1763 = RdA 1970, 286 = SAE 1971, 77 (*Mayer-Maly*); vgl. auch Beschluß vom 9. 12. 1975 – 1 ABR 37/74 = AP Nr. 7 zu § 118 BetrVG 1972 m. Anm. *Löwisch* = EzA Nr. 10 zu § 118 BetrVG 1972 = AuR 1976, 154 = BB 1976, 416 = BStSozArbR 1976, 221 = DB 1976, 584 = RdA 1976, 208 = SAE 1977, 84 (*Buchner*).

¹³ Vgl. vor allem Beschlüsse vom 30. 1. 1979 – 1 ABR 78/76 = AP Nr. 11 zu § 118 BetrVG 1972 m. Anm. *Kraft* = EzA Nr. 20 zu § 118 BetrVG 1972 = AfP 1979, 371 = ARSt. 1979, 178 = AuR 1979, 380; 1980, 59 (*Ihlefeld*) = BB 1979, 1555 = BStSozArbR 1979, 338 = DB 1979, 1609 = RdA 1979, 191 = SAE 1980, 42; sowie vom 22. 5. 1979 – 1 ABR 100/77 = AP Nr. 13 zu § 118 BetrVG 1972 = EzA Nr. 22 zu § 118 BetrVG 1972 = AfP 1979, 423 = ARSt. 1979, 192; 1980, 18 = AuR 1980, 180 = BB 1979, 1555 = BStSozArbR 1980, 73 = DB 1979, 2184 = RdA 1979, 318 = SAE 1980, 44. A. a. O. (FN 5).

¹⁴ A. a. O. (FN 5).

¹⁵ Beschlüsse vom 19. 5. 1981 – 1 ABR 39/79 = BAGE 35, 289 = AP Nr. 21 zu § 118 BetrVG 1972 m. Anm. *Herschel* = EzA Nr. 30 zu § 118 BetrVG 1972 = AfP 1981, 477; 1982, 1 (*Hanan*) = ARSt. 1982, 109 = AuR 1982, 36 = BB 1981, 2071 = BStSozArbR 1982, 91 = DB 1982, 129 = NJW 1982, 846 = RdA 1981, 405 = SAE 1982, 35 = VersR 1982, 104; vom 19. 5. 1981 – 1 ABR 109/78 = BAGE 35, 278 = AP Nr. 18 zu § 118 BetrVG 1972 m. Anm. *Meisel* = EzA Nr. 32 zu § 99 BetrVG 1972 = AuR 1982, 36 = BB 1982, 1984 = BStSozArbR 1982, 105 = DB 1982, 2384 = NJW 1982, 124 = RdA 1981, 405 = SAE 1982, 124 (*Kraft*); und vom 31. 5. 1983 – 1 ABR 57/80 = BAGE 43, 35 = AP Nr. 27 zu § 118 BetrVG 1972 m. Anm. *Misera* = EzA Nr. 36 zu § 118 BetrVG 1972 = AuR 1983, 348 = DB 1984, 995 = JR 1984, 484 = NJW 1984, 1143 = RdA 1983, 327; 1984, 61 = SAE 1984, 62 (*Kraft*) = UFITA 100 (1985), 238.

¹⁶ *Dütz*, AfP 1988, 193 ff.

¹⁷ Vgl. z. B. Beschluß vom 22. 5. 1979 – 1 ABR 100/77 – a. a. O. (FN 13).

¹⁸ Abgedruckt in diesem Heft auf Seite 149 f.

¹⁹ *Ibid.*, Gründe zu II 2 b aa.

²⁰ U. a. Anm. zu BAG vom 22. 5. 1979 – 1 ABR 100/77, AfP 1979, 425 ff.

²¹ AfP 1982, 1 ff., 3.

²² AfP 1988, 193 ff.; 201 f. m. w. Nachw.

²³ Beschluß vom 4. 8. 1981 – 1 ABR 106/79 = BAGE 36, 161 = AP Nr. 5 zu § 87 BetrVG 1972 m. Anm. *Herschel* = EzA Nr. 10 zu § 87 BetrVG 1972 = ARSt. 1983, 13 = AuR 1982, 101 = BStSozArbR 1982, 168 = DB 1982, 705 = NJW 1982, 671 = RdA 1982, 71 = SAE 1982, 110 = UFITA 93 (1982), 239.

²⁴ Beschluß vom 13. 1. 1987 – 1 ABR 49/85 = AP Nr. 33 zu § 118 BetrVG 1972 = EzA Nr. 39 zu § 118 BetrVG 1972 = ARSt. 1988, 60 = AuR 1987, 181 = BB 1987, 967 = RdA 1987, 190 = ZTR 1087, 125.

notwendigerweise dem Tendenzunternehmer verbleiben müßten, schieden in Presseunternehmen insoweit zwangsläufig Mitbestimmungsrechte nach § 87 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 BetrVG im Verhältnis zu Redakteuren schlechterdings aus.

Hinzu kommt, daß das BAG die journalistische Praxis aber auch ganz allgemein zu verkennen scheint. Den besonderen Rechten, die der Presse wegen ihrer öffentlichen Aufgabe aus der Pressefreiheit erwachsen, steht nämlich – gewissermaßen als Ausgleich – die in allen Landespressesetzen mit Ausnahme des hessischen statuierte Sorgfaltspflicht gegenüber: „Die Presse hat alle Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit zu prüfen.“²⁵ Diese Sorgfaltspflicht kann zwar sicherlich keine „Pflicht zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung“²⁶ im strengen Wortsinne, sondern allenfalls eine Verpflichtung sein, so wahrheitsgemäß wie möglich zu berichten²⁷. In jedem Fall ist darunter aber das Bemühen zu verstehen, möglichst nahe an die objektive Richtigkeit heranzukommen, wobei es ebenso auf das pflichtgemäße Bestreben wie auf das Ergebnis ankommt, mag dieses auch bisweilen unvollkommen bleiben müssen²⁸. Sorgfältig zu prüfen²⁹ ist deshalb die objektive Richtigkeit jeder Nachricht, wobei die Bedeutung, die der zu verbreitenden Meldung für die Öffentlichkeit beizumessen ist³⁰, die Nachteile, die sie für davon Betroffene haben kann³¹, die Informationsquelle³² und die Eilbedürftigkeit³³ wertend zu berücksichtigen sind. Das alles zeitigt auch erhebliche Konsequenzen. Die Landespressesetze selbst mögen zwar insoweit *leges imperfectae* sein, als Verstöße gegen ihre diesbezüglichen Vorschriften presserechtlich nicht geahndet werden können³⁴. Von um so größerer Bedeutung für die Einhaltung der Sorgfaltspflicht sind aber die mittelbaren Folgen, denn anhand dieses Kriteriums wird im Falle der Verletzung von Persönlichkeits- oder anderen zivilrechtlich geschützten Rechten nicht nur der Verschuldensmaßstab geprüft, ein Sorgfaltsverstoß schließt darüber hinaus sowohl in straf- als auch in zivilrechtlicher Hinsicht die Berufung auf den rechtfertigenden Aspekt der Wahrnehmung berechtigter Interessen aus³⁵. Führt man sich zudem vor Augen, daß sich die Sorgfaltspflicht nicht nur auf eigentliche „Nachrichten“, sondern auch auf Kommentare, Glossen und andere eigene Meinungsäußerungen erstreckt³⁶, wird deutlich, welchen Anforderungen Presseunternehmen zu genügen haben, wenn einerseits – schon aus Wettbewerbsgründen – möglichst aktuell, andererseits aber auch „sorgfältig“, also ausreichend recherchiert, berichtet werden muß. Recherchieren jedoch bringt notwendigerweise den Einsatz von Arbeitskraft – und damit auch von Arbeitszeit – mit sich, und zwar, da niemand Aktualität vorhersehen kann, unregelmäßig und unvorhersehbar. Das wiederum verdeutlicht, daß die Dispositionsfreiheit in Arbeitszeitfragen für den Tendenzunternehmer einen notwendigen Kernbereich der Pressefreiheit bildet, der dann mithin nach Maßgabe des § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BetrVG auch vor allen Einflüssen der Betriebsvertretungen geschützt sein muß. Es handelt sich eben weder, wie das BAG meint, „zunächst einmal um eine betriebsorganisatorische Frage, die die Tendenzverwirklichung des Arbeitgebers nicht einmal berührt, geschweige denn erheblich be-

einträchtig“³⁷, noch darum, daß „eine bestimmte Verteilung der Arbeitszeit die Aktualität der Berichterstattung“ vielleicht „im Einzelfalle“ gefährden könne³⁸. In Rede steht vielmehr der redaktionelle Regelfall, daß nämlich wichtige und wegen der Sorgfaltspflicht unabdingbare Recherchen unregelmäßig und in nicht vorhersehbarem Umfang notwendig werden. Deshalb ist dem Tendenzunternehmer auch nicht damit gedient, daß es ihm der Betriebsrat überläßt, „einseitig zu bestimmen, an welchem Tag der einzelne Arbeitnehmer 8 und an welchem er 6,5 Stunden zu arbeiten hat“³⁹. Gewiß, das mag so sein. Aber wie soll, da derartige „Einzelfälle“ in ihrer Unregelmäßigkeit regelmäßig und auch für niemanden vorhersehbar einzutreten pflegen, in Ansehung der von der Rechtsprechung an die journalistische Sorgfaltspflicht gestellten Anforderungen dem – unzweifelhaft tendenzgeschützten – Erfordernis aktueller Berichterstattung anders Rechnung getragen werden können, als durch die volle Dispositionsfreiheit des Tendenzunternehmers in Arbeitszeitfragen? Nur so kann er nämlich in die Lage versetzt werden, sorgfältig recherchierte Objekte auf den Markt zu bringen und seine Tendenz zu realisieren.

IV. Fazit

Pressefreiheit ist ihrer Natur nach unteilbar. Schon wegen der Anforderungen, die die Rechtsprechung an die journalistische Sorgfaltspflicht stellt, bedarf es zu ihrer Verwirklichung der vollen Dispositionsfreiheit des Tendenzunternehmers in Arbeitszeitfragen. Infolgedessen sind in Presseunternehmen Mitbestimmungsrechte der Betriebsvertretungen bei der Regelung von Arbeitszeitfragen gegenüber Redakteuren (§ 87 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 BetrVG) regelmäßig durch § 118 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BetrVG ausgeschlossen.

³⁷ Beschluß vom 30. 1. 1990 – 1 ABR 101/88 – a. a. O. (FN 18), Gründe zu II 2 c.

³⁸ *Ibid.*, Gründe zu II 2 c.

³⁹ *Ibid.*, Gründe zu II 2 c.

²⁵ § 6 Satz 1 LPG Bad.-Württ. = § 3 Abs. 2 LPG Bln. = § 6 Satz 1 LPG Br. = § 6 Satz 1 LPG Hbg. = § 6 Satz 1 LPG Nds. = § 6 Satz 1 LPG NW = § 6 Satz 1 LPG RhPf. = § 6 Satz 1 LPG Saarl. = § 6 Satz 1 LPG Schl.-Holst., ähnlich auch § 3 Abs. 2 bayLPG; alle Gesetzestexte abgedruckt bei *Löffler*, Presserecht, Bd. I, 3. Aufl. 1983, § 6 LPG.

²⁶ So aber wörtlich § 3 Abs. 2 bayLPG.

²⁷ *Wenzel*, Das Recht der Bild- und Wortberichterstattung, 3. Aufl. 1986, Rd.-Nrn. 5.154 ff.; vgl. auch *Scheuner*, Pressefreiheit, in: VVDStRL, Bd. 22 (1965), S. 1 ff.; 76 ff.

²⁸ *Mathy*, Das Recht der Presse, 4. Aufl. 1988, Rd.-Nr. 3.2.1.

²⁹ Zu den Grenzen der Prüfungspflicht vgl. insbes. BVerfG vom 3. 6. 1980 – 1 BvR 797/78 = BVerfGE 54, 208 = Schulze BVerfG Nr. 20 m. Anm. *Ridder* = NJW 1980, 2072 – Böll.

³⁰ BGH vom 3. 5. 1977 – VI ZR 36/74 = BGHZ 68, 31 = Schulze BGHZ Nr. 240 m. Anm. *Hubmann* = AfP 1977, 340 = NJW 1977, 1288 – Abgeordnetenbestechung.

³¹ BGH vom 29. 10. 1968 – VI ZR 180/66 = Schulze BGHZ Nr. 158 m. Anm. *Neumann-Duesberg* = GRUR 1969, 147 – Korruptionsvorwurf.

³² OLG Düsseldorf vom 25. 9. 1964 – 2 U 9/63 = BB 1964, 1361.

³³ *Wenzel* a. a. O. (FN 27), Rd.-Nr. 5.159.

³⁴ *Soehring*, Das Recht der journalistischen Praxis, 1990, Rd.-Nrn. 2.24.

³⁵ Vgl. nur *Soehring*, a. a. O. (FN 34), Rd.-Nrn. 2.26 und 12.1 ff.

³⁶ *Mathy*, a. a. O. (FN 28), Rd.-Nr. 3.2.5.